

Kartellrecht

Lehrbuch für Studium und Praxis

Bearbeitet von
Prof. Dr. Hermann-Josef Bunte, Prof. Dr. Fabian Stancke

3., neu bearbeitete Auflage 2016. Buch. XXVI, 528 S. Kartoniert
ISBN 978 3 406 65237 0
Format (B x L): 16,0 x 24,0 cm
Gewicht: 896 g

[Recht > Handelsrecht, Wirtschaftsrecht > Wettbewerbsrecht, Kartellrecht](#)

Zu [Leseprobe](#) und [Sachverzeichnis](#)

schnell und portofrei erhältlich bei

The logo for beck-shop.de features the text 'beck-shop.de' in a bold, red, sans-serif font. Above the 'i' in 'shop' are three red dots of increasing size. Below the main text, the words 'DIE FACHBUCHHANDLUNG' are written in a smaller, red, all-caps, sans-serif font.

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de ist spezialisiert auf Fachbücher, insbesondere Recht, Steuern und Wirtschaft. Im Sortiment finden Sie alle Medien (Bücher, Zeitschriften, CDs, eBooks, etc.) aller Verlage. Ergänzt wird das Programm durch Services wie Neuerscheinungsdienst oder Zusammenstellungen von Büchern zu Sonderpreisen. Der Shop führt mehr als 8 Millionen Produkte.

Bunte/Stancke
Kartellrecht



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Kartellrecht

mit Vergaberecht und Beihilfenrecht

Lehrbuch für Studium und Praxis

von

Dr. Hermann-Josef Bunte

em. o. Professor an der Universität der Bundeswehr Hamburg
Richter am Hanseatischen Oberlandesgericht a.D.,
Rechtsanwalt in Bielefeld

und

Dr. Fabian Stancke

o. Professor an der Hochschule Braunschweig/Wolfenbüttel
– Brunswick European Law School

3., neu bearbeitete Auflage
2016





beck-shop.de

DIE FACHBUCHHANDLUNG

www.beck.de

ISBN 978 3 406 65237 0

© 2016 Verlag C.H. Beck oHG
Wilhelmstraße 9, 80801 München

Druck und Bindung: Nomos Verlagsgesellschaft
In den Lissen 12, 76547 Sinzheim

Satz: Fotosatz H. Buck
Zweikirchener Str. 7, 84036 Kumhausen

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

beck-shop.de

Vorwort zur 3. Auflage

DIE FACHBUCHHANDLUNG

Die 2. Auflage, die erneut eine freundliche Aufnahme gefunden hat, beruhte auf dem Gesetzesstand von 2008. Seitdem haben sich wichtige Änderungen im gesamten europäischen und deutschen Kartellrecht ergeben. Nachdem die in der 2. Auflage berücksichtigten Änderungen vor allem durch das Inkrafttreten der neuen Kartellverordnung Nr. 1/2003 zum 1. Mai 2004 geprägt waren, sind seit 2008 alle wichtigen Gruppenfreistellungsverordnungen samt Leitlinien neu gefasst worden. Außerdem wurde das europäische ebenso wie das deutsche Fusionskontrollrecht modernisiert, letzteres mit der 8. GWB-Novelle im Jahr 2013. Weiter zugenommen hat die Bedeutung ökonomischer Analysen im Kartellrecht. Auch die Internetwirtschaft spielt in der kartellrechtlichen Praxis eine immer größere Rolle. Zudem hat die Bedeutung kartellrechtlicher Schadensersatzansprüche ebenso zugenommen wie die Bemühungen um die Einführung effektiver Compliance-Programme. Das Studienbuch muss all diesen Neuerungen gerecht werden.

Im deutschen Kartellrecht hat die, zum 30. Juni 2013 in Kraft getretene, 8. GWB-Novelle eine Neuordnung der Regelungen zum Marktmachtmissbrauch und eine Anpassung der Maßstäbe materieller Fusionskontrolle an das EU-Kartellrecht gebracht. Das europäische Kartellrecht wurde mit neugefassten Gruppenfreistellungsverordnungen für Vertikalvereinbarungen, Technologietransfer- sowie Forschungs- und Entwicklungsvereinbarungen, Spezialisierungsvereinbarungen und Vereinbarungen im Kraftfahrzeugsektor, im Versicherungsbereich und im Seeschiffahrtsbereich samt erläuternder Bekanntmachungen der Europäischen Kommission umfassend modernisiert. Hinzu kommt eine durch die Rechtsprechung des EuGH erforderlich gewordene Überarbeitung der Bagatellobekanntmachung sowie eine Modernisierung der Verfahrensregeln bei der Prüfung von Unternehmenszusammenschlüssen.

Die Neuauflage enthält, wie die Voraufgabe, einen Überblick über das aktuelle Vergaberecht, das im Jahre 2009 und nun wieder zum 18. April 2016 umfassend modernisiert wurde. Zusätzlich ergänzt wurde das vorliegende Werk um einen Überblick über das aktuelle Beihilfenrecht. Dem Leser wird so der ordnungspolitische Zusammenhang dieser drei Rechtsbereiche verdeutlicht. Diese haben sich zwar eigenständig entwickelt, werden aber regelmäßig von denselben Institutionen und Rechtsanwendern praktiziert und dienen sämtlich dem Schutz einer funktionierenden und effektiven Wettbewerbsordnung.

Beibehalten wurde auch in der 3. Auflage, dass am Ende jeden Kapitels Kontrollfragen und insgesamt 14 Übungsfälle den Leser ermuntern, sein Wissen zu überprüfen.

Die Bearbeitung befindet sich auf dem Stand vom 31. August 2015. Einige nachfolgende Entwicklungen konnten jedoch noch berücksichtigt werden, so z.B. die Presse-Grosso-Entscheidung des BGH vom 6. Oktober 2015 sowie Grundzüge des Vergaberechtsmodernisierungsgesetzes.

Für Anregungen und Kritik sind wir jederzeit dankbar.

Hamburg, im Oktober 2015

*Hermann-Josef Bunte
Fabian Stancke*



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck-shop.de

Die Fachbuchhandlung

Inhaltsübersicht

Vorwort zur 3. Auflage	V
Abkürzungen	XXI
Internetquellen	XXV

Teil 1. Wettbewerb und Wettbewerbsschutz

§ 1 <i>Wettbewerb und Recht</i>	1
§ 2 <i>Anwendung von deutschem und EU-Kartellrecht</i>	50

Teil 2. EU-Kartellrecht

§ 3 <i>Kartellverbot (Art. 101 AEUV)</i>	65
§ 4 <i>Das Kartellverbot in der Praxis: Die wichtigsten Fallgruppen und ihre Behandlung</i>	140
§ 5 <i>Missbrauchskontrolle (Art. 102 AEUV)</i>	169
§ 6 <i>Fusionskontrolle</i>	202
§ 7 <i>Behörden, Verfahren und Sanktionen</i>	242

Teil 3. Deutsches Kartellrecht

§ 8 <i>Kartellverbot (§§ 1–3 GWB)</i>	255
§ 9 <i>Missbrauchskontrolle (§§ 19–21 GWB)</i>	289
§ 10 <i>Fusionskontrolle (§§ 35–43 GWB)</i>	355
§ 11 <i>Behörden, Institutionen, Sanktionen, Compliance und Verfahren</i> ..	416

Teil 4. Vergaberecht, Beihilfenrecht und Sektoralisierung des Kartellrechts

§ 12 <i>Vergaberecht</i>	453
§ 13 <i>Beihilfenrecht</i>	479
§ 14 <i>Sektoralisierung des Kartellrechts – Sonderregelungen in anderen Gesetzen</i>	491
Stichwortverzeichnis	511



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck-shop.de

INHALTSVERZEICHNIS

DIE FACHBUCHHANDLUNG

Vorwort zur 3. Auflage	V
Abkürzungen	XXI
Internetquellen	XXV

Teil 1. Wettbewerb und Wettbewerbschutz

§ 1 Wettbewerb und Recht	1
I. Wettbewerbsbegriff und Wettbewerbsfunktionen	1
1. Wettbewerbsbegriff	4
2. Wettbewerbsfunktionen	8
3. Wettbewerbsparameter	10
II. Wettbewerbstheorien	12
1. Klassische Wettbewerbstheorie	12
2. Neoklassik	13
3. Harvard School	13
4. Chicago School	14
5. Austrian School	14
III. Wettbewerbssichernde Reaktionen des Rechts	15
1. Förderung des lautereren Wettbewerbs	15
2. Bekämpfung von Wettbewerbsbeschränkungen	16
3. Weitere Bereiche	17
IV. Wettbewerbsbeschränkungen	18
1. Horizontale wettbewerbsbeschränkende Vereinbarungen	18
2. Vertikale wettbewerbsbeschränkende Vereinbarungen	20
3. Marktmachtmissbrauch	21
4. Unternehmenszusammenschlüsse	23
V. Rechtsgrundlagen	24
1. Europäische Union	25
a) Primäres Unionsrecht: Art. 101 und Art. 102 AEUV	27
b) Sekundäres Unionsrecht	28
c) „Ausweitung“ des europäischen Kartellrechts durch die Kommission	32
aa) Initiativen der Kommission	32
bb) Die Beiträge der Mitgliedstaaten	33
cc) Gegenläufige Tendenzen	34
d) Anwendbarkeit der europäischen Wettbewerbsregeln	34
2. Deutschland	36
a) Rechtslage vor Einführung des GWB	36
b) GWB von 1958	39

c) 1.–6. GWB-Novelle	41
d) 7. GWB-Novelle und Novelle 2007; Änderung 2009	43
3. 8. GWB-Novelle von 2013	46
§ 2 <i>Anwendung von deutschem und EU-Kartellrecht</i>	50
I. Räumlicher Anwendungsbereich des deutschen und des EU-Kartellrechts	50
1. Grundsätze	50
2. Europäisches Kartellrecht	51
3. Deutsches Kartellrecht	53
II. Verhältnis von deutschem und EU-Kartellrecht	55
1. Beeinträchtigung des zwischenstaatlichen Handels	55
2. Anwendungsvorrang	58
3. Rechtsnormenkonkurrenz	58
a) Wettbewerbsbeschränkende Absprachen	58
b) Marktmachtmissbrauch	60
4. Anwendung des europäischen und des nationalen Kartellrechts ...	60
a) Anwendung durch die Kommission und europäische Gerichte	60
b) Anwendung durch nationale Kartellbehörden und -gerichte	60
c) Parallele Verfahren vor nationalen Kartellbehörden und der Kommission	61
d) Verfahren vor nationalen Staatsanwaltschaften	63

Teil 2. EU-Kartellrecht

§ 3 <i>Kartellverbot (Art. 101 AEUV)</i>	65
I. Kartellverbot – Der Tatbestand des Art. 101 Abs. 1 AEUV	66
1. Unternehmen und Unternehmensvereinigungen	66
a) Grundsätze zum Unternehmensbegriff	67
b) Sonderfälle	67
aa) Private Haushalte	67
bb) Potenzielle Unternehmen	68
cc) Unternehmen der öffentlichen Hand	69
dd) Freiberufliche Tätigkeit	70
ee) Unternehmensvereinigungen	71
ff) Bereich der sozialen Sicherung	71
gg) Mitgliedstaaten	73
2. Verbotene Formen wettbewerbsbeschränkenden Zusammen- wirkens	73
a) Vereinbarungen	75
b) Beschlüsse von Unternehmensvereinigungen	77
c) Abgestimmte Verhaltensweisen	77
aa) Abstimmung	78
bb) Entsprechendes Marktverhalten	80
cc) Beweisfragen	80

3. Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs	81
a) Überblick	82
b) Wettbewerbsbeschränkung	83
aa) Grundsatz: Wettbewerbsbeschränkung bei Beschränkung der wirtschaftlichen Handlungsfreiheit	83
bb) Horizontale und vertikale Wettbewerbsbeschränkungen ...	86
cc) Sonderfälle: Keine Wettbewerbsbeschränkung trotz Beschränkung der wirtschaftlichen Handlungsfreiheit	89
(1) Zusammenarbeit von Nichtwettbewerbern	89
(2) Kartellfreie Kooperationen	89
(3) Arbeitsgemeinschaften	90
(4) Markterschließung	92
(5) Nebenabreden	93
(6) Rechtsgüterabwägung	96
(7) Rule of Reason?	96
c) Bezwecken und Bewirken der Wettbewerbsbeschränkung	97
d) Spürbarkeit	99
4. Beeinträchtigung des Handels zwischen Mitgliedstaaten	100
II. Freistellung vom Kartellverbot	101
1. Überblick	102
2. Freistellung gem. Art. 101 Abs. 3 AEUV	105
a) Verbesserung der Warenerzeugung oder -verteilung oder Förderung des technischen oder wirtschaftlichen Fortschritts ..	105
b) Angemessene Beteiligung der Verbraucher an dem entstehenden Gewinn	106
c) Keine Auferlegung von Beschränkungen, die für die Verwirklichung dieser Ziele nicht unerlässlich sind	107
d) Keine Eröffnung von Möglichkeiten zur Ausschaltung des Wettbewerbs für einen wesentlichen Teil der betreffenden Waren	108
3. Freistellung aufgrund einer Gruppenfreistellungsverordnung	108
a) Überblick	108
b) Die wichtigsten Gruppenfreistellungsverordnungen für vertikale Beschränkungen	111
aa) VO Nr. 330/2010 für vertikale Vereinbarungen	111
bb) VO Nr. 461/2010 für vertikale Vereinbarungen im Kraftfahrzeugsektor	115
cc) VO Nr. 316/2014 für Technologietransfer-Vereinbarungen ..	117
c) Die wichtigsten Gruppenfreistellungsverordnungen für horizontale Beschränkungen	119
aa) VO Nr. 1218/2010 für Spezialisierungsvereinbarungen	119
bb) VO Nr. 1217/2010 für Vereinbarungen über Forschung und Entwicklung	120
d) Sonstige Gruppenfreistellungsverordnungen	122
III. Zivilrechtliche Rechtsfolgen eines Verstoßes gegen das Kartellverbot ..	123
1. Nichtigkeit der Vereinbarung (Art. 101 Abs. 2 AEUV)	124

a) Überblick	124
b) Teilnichtigkeit	125
c) Ausführungs- und Folgeverträge	126
2. Zivilrechtliche Ansprüche	126
a) Ansprüche der Beteiligten untereinander	126
b) Ansprüche Dritter	127
 § 4 <i>Das Kartellverbot in der Praxis: Die wichtigsten Fallgruppen und ihre Behandlung</i>	140
I. Horizontale Fallgruppen	140
1. Klassische Kartellfälle („Hardcore“-Kartelle): Preisabsprachen und Marktaufteilungen	142
2. Einkaufsgemeinschaften	143
3. Vermarktungsvereinbarungen	144
4. Produktions- und Spezialisierungsvereinbarungen	145
5. Forschungs- und Entwicklungsvereinbarungen	146
6. Vereinbarungen über Normen	147
7. Umweltschutzvereinbarungen	148
8. Gemeinschaftsunternehmen	149
9. Marktinformationssysteme	149
II. Vertikale Fallgruppen	152
1. Preis- und Konditionenbindungen	154
2. Alleinbezug	155
3. Markenzwang / Wettbewerbsverbote	155
4. Alleinvertrieb	156
5. Exportverbote und absoluter Gebietsschutz	156
6. Internetvertrieb	157
7. Selektiver Vertrieb	159
8. Franchising	160
9. Zuliefervereinbarungen	161
10. Handelsvertreter und Kommissionäre	162
 § 5 <i>Missbrauchskontrolle (Art. 102 AEUV)</i>	169
I. Marktbeherrschung	172
1. Marktabgrenzung	173
a) Sachliche Marktabgrenzung	173
b) Räumliche Marktabgrenzung	175
c) Zeitliche Marktabgrenzung	176
2. Marktbeherrschende Stellung	177
a) Marktstruktur	178
b) Unternehmensstruktur	180
c) Marktverhalten des Unternehmens	180
d) Kollektive Marktbeherrschung	181
3. Beherrschung des Gemeinsamen Marktes oder eines wesentlichen Teils desselben	182
II. Missbrauch	182

1. Regelbeispiele des Missbrauchs (Art. 102 S. 2 lit. a bis d AEUV) . . .	184
a) Erzwingung von unangemessenen Einkaufs- und Verkaufspreisen und sonstigen Geschäftsbedingungen (Art. 102 S. 2 lit. a AEUV)	184
b) Einschränkung der Erzeugung, des Absatzes oder der technischen Entwicklung zum Schaden der Verbraucher (Art. 102 S. 2 lit. b AEUV)	185
c) Anwendung unterschiedlicher Bedingungen bei gleichwertigen Leistungen (Art. 102 S. 2 lit. c AEUV)	187
d) Koppelungsgeschäft (Art. 102 S. 2 lit. d AEUV)	188
2. Weitere Missbrauchstatbestände nach Art. 102 S. 1 AEUV	189
a) Geschäfts- und Lieferverweigerung	189
b) „Essential Facility Doctrine“	190
c) Lizenzgewährung	192
d) Kampfpreisunterbietung	193
e) Diskriminierung von Nicht-Handelspartnern	194
III. Beeinträchtigung des Handels zwischen den Mitgliedstaaten	194
IV. Rechtsfolgen	195
 § 6 Fusionskontrolle	202
I. Begriff und Geschichte	203
II. Zusammenschlusstatbestand	206
1. Zusammenschluss durch Fusion	206
2. Zusammenschluss durch Erwerb der Kontrolle	206
3. Mittel des Kontrollerwerbs	208
4. Gemeinschaftsunternehmen	208
a) Vollfunktionsgemeinschaftsunternehmen	209
b) Koordinierung des Wettbewerbsverhaltens der Gründungsunternehmen	210
III. Unionsweite Bedeutung	212
1. Beteiligte Unternehmen	212
2. Schwellenwerte	213
IV. Beurteilung von Zusammenschlüssen	215
1. Die relevanten Märkte	217
a) Sachlich relevanter Markt	217
b) Räumlich relevanter Markt	217
2. Marktbeherrschung als Regelbeispiel der erheblichen Behinderung wirksamen Wettbewerbs	218
a) Horizontale Zusammenschlüsse	218
aa) Einzelmarktbeherrschung	219
bb) Kollektive Marktbeherrschung	221
b) Vertikale Zusammenschlüsse	223
c) Konglomerate Zusammenschlüsse	226
3. Unilaterale Effekte im Oligopol	229
4. Zulässigkeit trotz marktbeherrschender Stellung: Sanierungsfusionen, Effizienzvorteile und Abwägungsklausel	230

a) Sanierungsfusionen („Failing Company Defense“)	230
b) Effizienzvorteile („Efficiency Defense“)	231
c) Abwägungsklausel	233
V. Verfahren der Europäischen Fusionskontrolle	233
1. Rechtsgrundlagen	233
2. Anmeldung	234
3. Vorprüfverfahren (Phase I)	235
4. Hauptprüfverfahren (Phase II)	235
5. Verweisungen	236
 § 7 Behörden, Verfahren und Sanktionen	242
I. Behörden	242
II. Grundzüge des Verfahrens	242
1. Rechtsgrundlagen	242
2. Verfahren: Überblick	243
III. Ermittlungsbefugnisse	245
IV. Sanktionen	247

Teil 3. Deutsches Kartellrecht

§ 8 Kartellverbot (§§ 1–3 GWB)	255
I. Begriff und Entwicklung des Kartellverbots	256
II. Kartellverbot – Der Tatbestand des § 1 GWB	257
1. „Europäisierung“ des deutschen Kartellrechts	257
2. Das deutsche Kartellverbot	259
a) Unternehmensbegriff	259
b) Vereinbarungen, Beschlüsse und abgestimmte Verhaltensweisen	262
aa) Vereinbarungen und Beschlüsse	262
bb) Aufeinander abgestimmte Verhaltensweisen	264
c) Verhinderung, Einschränkung und Verfälschung des Wettbewerbs	265
d) Bezwecken oder Bewirken	269
e) Spürbarkeit	270
3. Kartellverbot und Fusionskontrolle (Konzentrationsprivileg)	271
III. Freistellungen vom Kartellverbot (§§ 2, 3 GWB)	272
1. Überblick	272
2. Freistellung nach § 2 Abs. 1 GWB	273
3. Freistellung nach § 2 Abs. 2 GWB i. V. mit einer EU-Gruppenfreistellungsverordnung	274
4. Freistellung nach § 3 GWB für Mittelstandskartelle	276
a) Überblick	276
b) Entwicklung des Freistellungstatbestands für Mittelstandskartelle und wirtschaftliche Bedeutung	277
c) Tatbestandsvoraussetzungen	278

aa) Rationalisierung wirtschaftlicher Vorgänge	278
bb) Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit kleiner und mittlerer Unternehmen	280
cc) Keine wesentliche Beeinträchtigung des Wettbewerbs	281
IV. Zivilrechtliche Rechtsfolgen eines Verstoßes gegen § 1 GWB	282
1. Nichtigkeit	283
a) Nichtigkeit gemäß § 1 GWB i. V. mit § 134 BGB	283
b) Teilnichtigkeit	283
2. Ausführungs- und Folgeverträge	284
a) Ausführungsverträge	284
b) Folgeverträge	284
3. Schadensersatz- und Unterlassungsansprüche	284
§ 9 Missbrauchskontrolle (§§ 19–21 GWB)	289
I. Missbrauchsaufsicht über marktbeherrschende Unternehmen (§ 19 GWB)	289
1. Überblick	290
2. Marktbeherrschung	292
a) Allgemeines	292
aa) Bedeutung der gesetzlichen Ausgestaltung des Marktbeherrschungsbegriffs des § 18 GWB	292
bb) Marktmachtkonzept	293
b) Marktabgrenzung	293
aa) Sachlich relevanter Markt	294
bb) Räumlich relevanter Markt	299
cc) Zeitlich relevanter Markt	300
c) Marktbeherrschungstatbestände	301
aa) Monopol und Quasi-Monopol (§ 18 Abs. 1 Nr. 1 und 2 GWB)	301
bb) Überragende Marktstellung (§ 18 Abs. 1 Nr. 3 GWB)	302
(1) Marktanteil	303
(2) Finanzkraft	304
(3) Zugang zu den Beschaffungs- oder Absatzmärkten	304
(4) Weitere Merkmale	305
(5) Gesamtbetrachtung	305
cc) Oligopol	306
d) Marktbeherrschungsvermutungen (§ 18 Abs. 4, 6 und 7 GWB) ..	308
2. Missbrauchstatbestände	309
a) Überblick	309
b) Behinderungsmissbrauch (§ 19 Abs. 2 Nr. 1 1. Alt. GWB)	309
c) Diskriminierung (§ 19 Abs. 2 Nr. 1 2. Alt. GWB)	313
d) Ausbeutungsmissbrauch (§ 19 Abs. 2 Nr. 2 GWB)	318
e) Strukturmissbrauch (§ 19 Abs. 2 Nr. 3 GWB)	321
f) Verweigerung des Zugangs (§ 19 Abs. 2 Nr. 4 GWB)	322
g) Aufforderung oder Veranlassung zur Gewährung von Vorteilen (§ 19 Abs. 2 Nr. 5 GWB)	324

3. Geltung der Missbrauchstatbestände für Beteiligte freigestellter Vereinbarungen und für Preisbinder	325
a) Beteiligte freigestellter Vereinbarungen (§ 19 Abs. 3 S. 1 GWB) ..	326
b) Preisbindende Unternehmen (§ 19 Abs. 3 S. 2 GWB)	326
4. Rechtsfolgen	327
a) Zivilrechtliche Sanktionen	327
b) Kartellbehördliche Sanktionen	327
II. Verbotenes Verhalten von Unternehmen mit relativer oder überlegener Marktmacht (§ 20 GWB)	328
1. Überblick und Entwicklung	328
2. Normadressaten	329
3. Behinderungs-, Diskriminierungs- und Anzapfverbot gem. § 20 Abs. 1 und 2 i. V. m. § 19 Abs. 1 i. V. m. Abs. 2 Nr. 1 und 5 GWB	332
4. Angebot unter Einstandspreis gem. § 20 Abs. 2 S. 1, 2 Nr. 2 GWB ..	333
5. Verbot von Untereinstandspreisverkäufen von Lebensmitteln (§ 20 Abs. 3 S. 2 Nr. 1 und 2 GWB)	336
6. Preis-Kosten-Schere (§ 20 Abs. 3 S. 2 Nr. 3 GWB)	337
7. Aufnahmезwang von Wirtschafts- und Berufsvereinigungen sowie Gütezeichengemeinschaften (§ 20 Abs. 5 GWB)	338
8. Preismissbrauch durch Energieversorgungsunternehmen (§ 29 GWB)	338
9. Preismissbrauch durch Wasserversorgungsunternehmen (§ 31 Abs. 3 und 4 und § 31b Abs. 5 GWB)	341
10. Rechtsfolgen	342
a) Zivilrechtliche Sanktionen	342
b) Kartellbehördliche Sanktionen	343
III. Verbot sonstigen wettbewerbsbeschränkenden Verhaltens (§ 21 GWB)	343
1. Überblick	343
2. Boykottverbot (§ 21 Abs. 1 GWB)	343
3. Verbot einseitiger Einflussnahme (§ 21 Abs. 2 GWB)	344
4. Verbot der Zwangsanwendung (§ 21 Abs. 3 GWB)	345
5. Verbot der Nachteilszufügung (§ 21 Abs. 4 GWB)	345
§ 10 Fusionskontrolle (§§ 35–43 GWB)	355
I. Einführung und Überblick	355
1. Begriff, Geschichte und Entwicklung der Fusionskontrolle	355
2. Zweck der Fusionskontrolle	358
II. Zusammenschlussbegriff (§ 37 GWB)	360
1. Überblick	361
2. Einzeltatbestände	362
a) Vermögenserwerb (§ 37 Abs. 1 Nr. 1 GWB)	362
b) Kontrollerwerb (§ 37 Abs. 1 Nr. 2 GWB)	363
c) Anteilserwerb (§ 37 Abs. 1 Nr. 3 GWB)	365
d) Wettbewerblich erheblicher Einfluss (§ 37 Abs. 1 Nr. 4 GWB) ..	367
e) Gemeinschaftsunternehmen	369
3. Ausnahmen	371

a) Keine wesentliche Verstärkung / Konzerninterne Umstrukturierungen (§ 37 Abs. 2 GWB)	371
b) Bankenklauseel (§ 37 Abs. 3 GWB)	371
III. Geltungsbereich der deutschen Fusionskontrolle (§ 55 GWB)	372
1. Umsatzschwellen	373
a) Beteiligte Unternehmen	373
b) Berechnung der Schwellenwerte und Berechnung des Umsatzes	374
2. Verbundklauseel	376
3. Mehrmütterklauseel	376
4. Anschlussklauseel	377
5. Kommunale Gebietsreformen	377
IV. Materielle Fusionskontrolle (§ 36 GWB)	378
1. Überblick	379
2. Eingreifkriterium: Erhebliche Behinderung des Wettbewerbs	380
3. Regelbeispiel: Marktbeherrschung	382
a) Begriff	382
b) Marktstrukturkriterien	383
c) Marktbeherrschungsvermutungen	384
3. Entstehung oder Verstärkung der Marktbeherrschung	384
4. Kausalität	387
5. Abwägungsklauseel	388
6. Privilegierung von Pressezusammenschlüssen	390
7. Bagatellmarktklauseel	390
8. Ministererlaubnis	392
V. Verfahren der Fusionskontrolle (§§ 39 ff. GWB)	394
1. Überblick	394
2. Anmeldeverfahren (§ 39 GWB)	396
a) Anmeldepflicht	396
aa) Zeitpunkt der Anmeldung	396
bb) Anmeldepflichtige Unternehmen	396
b) Form und Inhalt der Anmeldung	397
c) Verletzung der Anmeldepflicht	398
3. Vollzugsverbot (§ 41 GWB)	399
a) Inhalt	399
b) Sanktionen	399
4. Vorprüfverfahren	400
a) Fristen	400
b) Auflagen und Bedingungen im Vorprüfverfahren?	400
c) Abschluss des Vorprüfverfahrens	400
aa) „Monatsbrief“	400
bb) Freigabefiktion	401
cc) Freigabeentscheid	401
5. Hauptprüfverfahren	401
a) Untersagung	402
b) Freigabe	403
c) Bedingungen und Auflagen	403

6. Bekanntmachungen	405
7. Rechtsmittel	405
a) Beschwerde	405
b) Sog. „Drittklage“	407
§ 11 Behörden, Institutionen, Sanktionen, Compliance und Verfahren	416
I. Behörden und Institutionen	416
1. Kartellbehörden	416
a) Bundeskartellamt	416
aa) Organisations- und Entscheidungsstruktur	416
bb) Zuständigkeit des BKartA	417
b) Bundesminister für Wirtschaft und Technologie	418
c) Landeskartellbehörden	418
2. Monopolkommission	419
3. Sektorspezifische Institutionen	420
a) Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, TK, Post und Eisenbahn	420
b) Behördenzusammenarbeit	421
c) Konzentrationskontrolle privater Fernsehanstalten	421
d) Markttransparenzstellen	421
II. Sanktionen	422
1. Verwaltungsrechtliche Maßnahmen	424
2. Bußgeldrechtliche Sanktionen	426
3. Zivilrechtliche Sanktionen	430
a) Derzeitige Rechtslage zu Beseitigungs-, Unterlassungs- sowie Schadensersatzansprüchen	430
b) Die EU-Schadensersatzrichtlinie	435
4. Strafrechtliche Sanktionen	437
III. Kartellrechts-Compliance	437
1. Gründe für die Einführung von Compliance-Maßnahmen	438
2. Ausgestaltung von Compliance-Maßnahmen	440
3. Konkrete Maßnahmen bei Ermittlung kartellrechtlicher Problemlagen	441
IV. Verfahren (§§ 54 ff. GWB) und Ermittlungsbefugnisse	444
1. Verwaltungsverfahren	445
a) Verfahren vor den Kartellbehörden (§§ 54 bis 62 GWB)	445
aa) Verfahrenseinleitung	445
bb) Verfahrensgrundsätze	445
cc) Verfahrensbeteiligte	446
dd) Verfahrensabschluss	448
b) Rechtsmittelverfahren	448
aa) Beschwerde (§§ 63 bis 73 GWB)	448
bb) Rechtsbeschwerde (§§ 74 bis 76 GWB)	449
2. Bußgeldverfahren	450
3. Bürgerliche Rechtsstreitigkeiten	450
4. Ermittlungsbefugnisse	451

a) Auskunftersuchen nach § 59 GWB	451
b) Untersuchung einzelner Wirtschaftszweige gemäß § 32e GWB	451

Teil 4. Vergaberecht, Beihilfenrecht und Sektoralisierung des Kartellrechts

§ 12 Vergaberecht	453
I. Überblick	453
1. Wirtschaftliche Bedeutung der Vergabe öffentlicher Aufträge und die Funktion des Vergaberechts	453
2. EG-rechtliche Vorgaben	454
3. Die Umsetzung in Deutschland bis 1.1.1999	455
4. Das Vergaberechtsänderungsgesetz und die Einarbeitung in das GWB	456
5. Vergaberechtsreform 2009	458
6. Vergaberechtsreform 2016	458
7. Bisherige Struktur des Vergaberechts	460
8. Die Struktur des Vergaberechts nach dem VergRModG	461
II. Anwendungsbereich	461
1. Öffentliche Auftraggeber – persönlicher Anwendungsbereich	461
2. Öffentliche Aufträge – sachlicher Anwendungsbereich	462
3. Schwellenwerte	463
III. Vergabegrundsätze und Vergabeverfahren	464
1. Verfahrensgrundsätze	464
a) Wettbewerb und Transparenz (§ 97 Abs. 1 GWB)	464
b) Diskriminierungsverbot (§ 97 Abs. 2 GWB)	465
c) Mittelstandsschutz (§ 97 Abs. 3 GWB)	466
d) Eignungskriterien: Fachkunde, Leistungsfähigkeit, Zuverlässigkeit; vergabefremde Kriterien	467
e) Wirtschaftlichkeit	468
2. Vergabeverfahren und Vergabearten	469
a) Verordnungen über das einzuhaltende Verfahren	469
b) Anspruch auf Einhaltung der Vergabevorschriften	469
c) Vergabearten	470
3. Das Nachprüfungsverfahren	472
a) Überblick	472
b) Nachprüfung durch die Vergabekammern	472
c) Beschwerdeverfahren	475
d) Schadensersatz bei Rechtsmissbrauch	477
§ 13 Beihilfenrecht	479
I. Überblick	479
1. Bedeutung des Beihilfenrechts	479
2. Rechtsquellen	480
3. Anwendungsbereich des Beihilfenrechts	482

II. Durchsetzung des Beihilfenrechts	482
III. Das materielle Beihilfenrecht	485
1. Der Tatbestand des § 107 Abs. 1 AEUV	485
2. Ausnahmen vom Beihilfenverbot	487
IV. Rechtsschutzmöglichkeiten	489
 <i>§ 14 Sektoralisierung des Kartellrechts – Sonderregelungen in anderen Gesetzen</i>	 491
I. Überblick über die Sonderregelungen	491
II. Einzelne kartellrechtliche Sonderregelungen	494
1. Telekommunikationsgesetz (TKG)	494
2. Postgesetz	498
3. Energiewirtschaftsgesetz (EnWG)	499
4. Allgemeines Eisenbahngesetz (AEG)	501
5. Sonstige verkehrsbezogene Gesetze	503
6. Landwirtschaft	505
7. Medienspezifische Fusionskontrolle	505
III. Anwendung der Wettbewerbsvorschriften auf die öffentliche Hand ..	506
1. Anwendung nach nationalem Recht (§ 185 n. F. GWB)	506
2. Öffentliche und monopolartige Unternehmen nach europäischem Recht (Art. 106 AEUV)	508
 Stichwortverzeichnis	 511